



Shutterstock

# Wahlen in EU-Mitgliedsstaaten

## Auswirkungen auf die europäische Integration

Michael Zinkanell

Das Jahr 2024 war von Wahlen in über 60 Staaten geprägt, darunter Parlamentswahlen in acht EU-Mitgliedsstaaten. Zu den größten Gewinnern zählten dabei insbesondere Parteien am äußeren rechten Rand, die durch ihre EU-skeptische Rhetorik und die Emotionalisierung der Migrationsdebatte Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Wahlergebnisse wirken wegweisend für den politischen Trend der Union, stellen einen Prüfstein für die EU-Integration dar und zeigen die Zunahme von Fragmentierung und Polarisierung auf. Als Konsequenz ist mit potenziellen Einschränkungen der europäischen Stabilität und Handlungsfähigkeit zu rechnen. Zentrale Entscheidungsprozesse wie Initiativen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, aber auch die EU-Erweiterung könnten dadurch gehemmt werden. Darüber hinaus spielten im Kontext der Wahlen Desinformationskampagnen sowie Informationsmani-

pulation eine wesentliche Rolle. Vermehrt zeigt sich, dass Desinformationsnarrative mit den Botschaften rechtspopulistischer Parteien im Einklang stehen. Diese Entwicklungen stellen eine ernstzunehmende Herausforderung für die Demokratie in Europa dar und gefährden die Grundpfeiler der europäischen Freiheit, Werte und Interessen.

## Rechtsruck bei den Wahlen in Europa

Das Jahr 2024 galt als internationales Superwahljahr, ca. zwei Milliarden Menschen in über 60 Staaten waren weltweit berechtigt, ihre Stimme abzugeben. Neben den Wahlen in Indien und den Vereinigten Staaten zählten die Wahlen zum Europäischen Parlament zu den relevantesten und größten. Über die EU-weiten Wahlen hinaus fanden 2024 zahlreiche Parlamentswahlen innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union statt. Deren Ergebnisse markieren nicht nur einen richtungsweisenden Trend, sondern stellen einen zentralen Prüfstein für die EU-Integration dar – sowohl was die Konsolidierung der Mitgliedsstaaten nach innen betrifft als auch hinsichtlich der Verhandlungen mit Beitrittskandidaten. Außerdem teilen sich diese Wahlen ein weiteres gemeinsames Merkmal, das die Grundfesten der Demokratie erschüttert und den demokratischen Prozess vor ernstzunehmenden Herausforderungen stellt: externe Einflussnahme in Form von Desinformation und Informationsmanipulation.

Auf nationaler Ebene fanden 2024 in insgesamt acht EU-Mitgliedsstaaten Parlamentswahlen statt: in Belgien, Bulgarien, Frankreich, Kroatien, Litauen, Österreich, Portugal und Rumänien. Vergleicht man hier die Wahlergebnisse, wird eine deutliche Tendenz sichtbar: Parteien am äußersten rechten Rand erzielten großteils beachtliche Gewinne. In Belgien belegte die äußerste rechte Partei Vlaams Belang den zweiten Platz. Die französische Rassemblement National (RN) konnte ein deutliches Plus verzeichnen. Die kroatische Rechtsaußenpartei „Domovinski pokret“ gewann zwar nur einen Prozentpunkt dazu, beteiligt sich jedoch an der neuen Regierung. Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) gewann mit knapp 30 Prozent der Stimmen erstmalig den ersten Platz, und in Portugal gelang es der Rechtspartei „Chega“, ihre Parlamentssitze zu vervierfachen. Ein ähnlicher Trend lässt sich nach den EU-Parlamentswahlen erkennen: Jene Parteien, die der Fraktion der Patrioten

für Europa bzw. der Europäischen Konservativen und Reformer angehören, zählen zu den Gewinnern.

## **Politische Fragmentierung und Polarisierung**

Insgesamt zeigen die Ergebnisse eine Zunahme politischer Fragmentierung und Polarisierung, die mögliche Implikationen auf die Stabilität und Handlungsfähigkeit der Union mit sich bringen. Mittelfristig könnte diese Dynamik auf nationaler Ebene wie auch in Brüssel erschwerende Auswirkungen auf zentrale Entscheidungsprozesse in Fragen der Sicherheit und Verteidigung mit sich bringen und die EU-Integration und EU-Erweiterung hemmen. Indizien für diesen Kurs spiegeln sich durch zugespitzte politische Rhetoriken im Zusammenhang mit den Wahlen wie durch die intensiviertere Skepsis gegenüber den EU-Institutionen und im Drang nach mehr nationaler Selbstbestimmung wider. Dabei stehen emotionalisierte Diskurse der Rechtspopulisten wie die Migrationsdebatte und die Ukraine-Unterstützung in den innenpolitischen Wahldebatten u.a. in Belgien, Österreich und Frankreich im Vordergrund.

Aufgrund der Bevölkerungsgröße und der politischen Relevanz innerhalb der EU ist der Ausgang der Wahlen in Frankreich von besonderer Bedeutung. Die neue politische Ausgangslage ist von einer zunehmenden Komplexität geprägt. Das Linksbündnis Nouveau Front Populaire (NPF), die sich als Wahlsieger gegen Macrons Ensemble durchsetzen konnte, und die RN zählen zu den Gewinnern der Wahlen. Die gleichzeitige Stärkung von proeuropäischen als auch von euroskeptischen Positionen trägt somit zu einer zunehmenden politischen Polarisierung Frankreichs bei. Die NPF tritt zwar für eine stärkere europäische Integration ein, fordert jedoch vor einer weiteren Vertiefung eine soziale Harmonisierung und höhere Verteidigungsausgaben. Gleichzeitig betont die rechte RN nationale Souveränität und lehnt eine EU-Erweiterung tendenziell ab. Zwar dürften innenpolitische Themen kurzfristig dominieren, doch beeinflussen die Ergebnisse unvermeidlich Frankreichs Rolle in der EU – voraussichtlich eher negativ. Das Wahlergebnis wird an Präsident Macrons außenpolitischer Ausrichtung grundlegend nichts ändern, dennoch könnte die Rolle Frankreichs als entscheidender Motor der europäischen Integration eingeschränkt werden, da Macron durch seine geschwächte innenpolitische Position weniger Spielraum für europäische Initiativen hat.

In Portugal und Kroatien bleibt der proeuropäische Kurs weitgehend stabil. Beide Länder werden die Zusammenarbeit in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen aller Voraussicht nach auch weiterhin fördern. Es kann davon ausgegangen werden, dass Kroatien ein starker Befürworter der EU-Erweiterung bleibt, insbesondere hinsichtlich der Beitrittsambitionen der Westbalkan-Staaten, obwohl interne politische Veränderungen zu einer zurückhaltenderen Haltung führen könnten. In Portugal zeigt sich ein ähnliches Bild: Trotz der zunehmenden Fragmentierung des Parlaments bleibt der Konsens über die strategische Bedeutung der EU-Erweiterung und einer gemeinsamen Verteidigungspolitik erhalten. Gleichzeitig gewinnt jedoch auch hier die Debatte über nationale Souveränität und Migration an Bedeutung, angetrieben durch den Erfolg rechtspopulistischer Kräfte.

## **Manipulation und Desinformation**

Ein weiterer gemeinsamer Nenner aller acht Parlamentswahlen in EU-Mitgliedsstaaten sind Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen. In Bulgarien kam es in den Wochen vor der Wahl zu einer Zunahme prorussischer Desinformationskampagnen, die vor allem in sozialen Medien verbreitet wurden und dabei nationalistische, EU-skeptische und antiwestliche Botschaften in den Vordergrund rückten. Durch die Verbreitung von falschen und verzerrten Informationen, etwa zur Rolle der EU in Bulgarien oder zur NATO, griff die nationalistische Partei „Velichie“ das Identitätsgefühl auf und stellte europäische Werte als Bedrohung für die bulgarische Kultur dar. Diese Narrative verknüpften die Debatten um Souveränität und eine Bedrohung durch ausländische Mächte, insbesondere durch westliche Institutionen.

Im Vorfeld der österreichischen Nationalratswahl ist die Rolle rechtspopulistischer Akteure und rechtsextremer Medienkanäle bei der Verbreitung von Desinformationen in den Fokus gerückt. Insbesondere „alternative“ Medien wie AUF1 und Report24, die als rechtsextrem eingestuft werden, nutzen Plattformen wie YouTube und soziale Medien, um ihre Reichweite zu vergrößern. Diese Kanäle verbreiten gezielt Behauptungen über mögliche Wahlmanipulationen, die das Vertrauen in die demokratischen Prozesse gefährden könnten. Zusätzlich zur Wahlmanipulation werden von den rechtspopulistischen Akteuren zunehmend alarmieren-

de Begriffe wie „WHO-Diktatur“ oder „Klimakommunismus“ verwendet, die sich gezielt an ein verschwörungsgläubiges Milieu richten.

In den Monaten vor der Wahl in Portugal zirkulierten zahlreiche irreführende Narrative, die Einwanderung mit angeblich steigender Gewalt und unfairen Privilegien verknüpften. In sozialen Medien und öffentlichen Debatten wurden zunehmend Gerüchte verbreitet, wonach Migrantinnen und Migranten bevorzugten Zugang zum nationalen Gesundheitssystem hätten oder Flüchtlinge höhere finanzielle Unterstützung bekämen als portugiesische Rentnerinnen und Rentner.

Auch in Rumänien kursierten gezielte Falschmeldungen im Vorfeld der Wahlen, die insbesondere darauf abzielten, den Vertrauensverlust und die Unsicherheiten der jungen Bevölkerung weiter zu schüren. Dabei spielten Social-Media-Kampagnen der rechtsextremen Partei Alianța pentru Unirea Românilor eine besondere Rolle, in denen junge Wählerinnen und Wähler mit politisch extremen, antieuropäischen und NATO-skeptischen Botschaften adressiert wurden. Auch anti-ukrainische Narrative, gemischt mit Verschwörungserzählungen, die russische Interessen widerspiegeln, wurden kommuniziert. Zusätzlich schürten Deepfake-Videos, die prominente Persönlichkeiten fälschlicherweise in kriminelle Aktivitäten verwickeln, Misstrauen in staatliche Institutionen.

Die französische Parlamentswahl 2024 war besonders stark von Desinformation geprägt. Falschinformationen nahmen verschiedene Formen an, darunter manipulierte Webseiten, irreführende Wahlversprechen und KI-generierte Inhalte. Besonders russische Akteure spielten eine zentrale Rolle: Prorussische Netzwerke verbreiteten polarisierende Themen, wie die angeblich manipulierten Olympischen Spiele oder die Einwanderungspolitik, um das politische Klima zu destabilisieren. Zusätzlich zur ausländischen Einflussnahme kam ein bedeutender Teil der Desinformation auch von den politischen Parteien selbst. Die NGO AI Forensics stellte fest, dass die extreme Rechte, insbesondere das von Éric Zemmour geführte Parteiprojekt „Reconquête“, KI-generierte Bilder verwendete, um antimigrantische und antieuropäische Botschaften zu verbreiten. Auch im Zuge der Parlamentswahlen in Kroatien spielten Desinformationskampagnen, die mittels generativer KI-Technologie Deepfake-Video und -Audiomaterial von politischen Persönlichkeiten verbreiteten, eine wesentliche Rolle.

## Zusammenhalt und Resilienz stärken

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten sowie die Zunahme der Intensität und der Anzahl an Desinformationskampagnen stellen nicht nur Entscheidungsträgerinnen und -träger der Union vor neue Herausforderungen, sondern gefährden auch die Fundamente der europäischen Freiheiten, Werte und Interessen. EU-weit sind daher gesamtgesellschaftliche Ansätze erforderlich, um auf die kurzfristig auftretenden Risiken zu reagieren und gleichzeitig langfristige Strategien zur Resilienzstärkung und zum Vertrauensaufbau zu generieren. In Zeiten zunehmender globalpolitischer Instabilität und gewaltvoller Konflikte in der unmittelbaren Nachbarschaft ist es unerlässlich, den Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit innerhalb der EU zu stärken, um nicht zum geopolitischen Spielball zu werden.

### Keynotes

- In acht EU-Mitgliedsstaaten haben 2024 Parlamentswahlen stattgefunden. Zu den größten Gewinnern zählen jene Parteien, die der Fraktion der Patrioten für Europa bzw. der Europäischen Konservativen und Reformer angehören.
- Die Ergebnisse der Wahlen zeigen eine zunehmende Fragmentierung und Polarisierung der politischen Landschaft, die die Handlungsfähigkeit der EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie die europäische Integration hemmen könnte.
- Indizien für diesen Trend manifestieren sich durch emotionalisierte Diskurse innerhalb der Mitgliedsstaaten, die von EU-Skepsis geprägt sind und nationale Souveränität über europäische Solidarität stellen.
- Die Parlamentswahlen waren darüber hinaus von externer Einflussnahme in Form von Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen geprägt, die eine zunehmende Herausforderung für das demokratische Fundament und die Stabilität der EU darstellen.
- Die Narrative vieler Desinformationskampagnen decken sich oftmals mit der EU-skeptischen und antiwestlichen Botschaften rechtspopulärer Parteien bzw. befeuern deren Migrationsdiskurs.
- Der Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz wie manipuliertem Video- und Audiomaterial nimmt in der Kommunikation gefälschter und gezielt irreführender Information drastisch zu.